



PETITION DER MITARBEITER DES MARIEN-KRANKENHAUSES

Veröffentlicht am 19.01.2023 um 10:00 Uhr

Die Mitarbeiter des Marienkrankenhauses in der Lübecker Innenstadt haben auf der Internetplattform change.org eine Petition veröffentlicht. Hierüber können auch Sie unterschreiben (Link im Text)

Petition der Mitarbeiter des Marien-Krankenhauses:

Wir Mitarbeiter des Marien-Krankenhauses Lübeck wenden uns mit einer großen Bitte an Sie. Wie Sie den Medien vielleicht bereits entnehmen konnten, steht die Übernahme durch das UKSH Lübeck bevor. Dies hätte nach momentaner Planung der Käufer die Schließung des Marien-Krankenhauses in der Innenstadt Lübeck



/ Foto: Pixabay

und den Umzug auf das UKSH-Gelände zur Folge. In unser Gesamtkonzept gehört die räumliche Anbindung der Fach- bzw. Belegärzte. Die enge Zusammenarbeit zwischen unserem Krankenhaus und den Facharztpraxen gewährleistet die optimale Versorgung unserer Patienten.

Mit einem Standortwechsel und dem damit einhergehenden Verlust der Belegärzte und vieler Mitarbeiter ist die fachärztliche Versorgung sowie die Existenz des Marien-Krankenhauses nicht mehr gewährleistet.

Unsere Aufgabe ist es, die Gesundheit unserer Patienten und schwangeren Frauen zu fördern, wiederherzustellen und zu erhalten. Um dies sicherzustellen, kooperieren wir mit rund 40 Belegärzten und beschäftigen 200 Mitarbeiter unterschiedlicher Berufsgruppen.

Wir versorgen Patienten, Mütter und Neugeborene aus Lübeck und weiträumiger Umgebung. Jeder zweite Lübecker ist bei uns geboren. Im Jahr versorgen wir 6.000 Patienten.

Das Marien-Krankenhaus Lübeck zeichnet sich durch eine persönliche Betreuung und familiäre Atmosphäre aus.

Die Mitarbeiter des Marien-Krankenhauses identifizieren sich mit dem Standort in der Innenstadt und viele von Ihnen pflegen eine langjährige Betriebszugehörigkeit.

Die Geschichte des ältesten Krankenhauses Lübecks darf am 30.06.2023 nicht enden.

Wir fordern den Erhalt des Standortes in der Innenstadt.

<https://www.change.org/p/erhalt-des-marien-krankenhauses-luebeck-in-der-innenstadt>

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten formuliert es so:

Anlässlich der aus der Presse bekannten Übernahmepläne für das Lübecker Marienkrankenhaus durch das UKSH zeigt sich die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Schleswig-Holstein besorgt in Bezug auf die

landesweite Versorgung von Frauen rund um die Geburt.

„Wir setzen uns für die schwangeren und gebärenden Frauen in Schleswig-Holstein ein. Die defizitäre Geburtshilfe im Land darf keinesfalls noch weiter abgebaut oder qualitativ verschlechtert werden. Stattdessen muss das im Koalitionsvertrag der Landesregierung definierte Ziel der möglichst wohnortnahen Versorgung in der Geburtshilfe mit Angeboten der Vor- und Nachsorge, besonders auch durch Hebammen, erreicht werden, um werdende Eltern bestmöglich zu unterstützen“, so LAG-Sprecherin Gudrun Dietrich, Gleichstellungsbeauftragte aus Stockelsdorf.

„Es braucht schnell ein verbindliches und sorgfältig durchdachtes Konzept für ein bedarfsgerechtes Versorgungsangebot für die Geburtshilfe in Schleswig-Holstein. Das Land steht in der Pflicht, dies in der Krankenhausplanung umzusetzen. Satt an die Bundesregierung zu verweisen, müssen in Schleswig-Holstein zeitnah eigene Lösungen entwickelt werden!“ fordert Elke Sasse, Gleichstellungsbeauftragte der Hansestadt Lübeck.

„Fest steht, dass Schwangerenversorgung ein nationales Gesundheitsziel ist. Dennoch wird in Schleswig-Holstein seit 20 Jahren die flächendeckende Grundversorgung mit klinischer Geburtshilfe abgebaut - zu Lasten der schwangeren und gebärenden Frauen“, ergänzt Dietrich. „Von 25 Geburtsstationen wurden bisher landesweit 7 geschlossen. Dadurch haben Gebärende und ihre Angehörigen längere Wege, zum Teil unter Wehen, sind erheblich mehr Stress ausgesetzt und mussten schon auf Parkplätzen gebären. Auch die Arbeitsbelastung des Personals in den verbleibenden Kliniken dürfte sich kaum reduziert haben“, führt die Gleichstellungsbeauftragte Dietrich weiter aus.

„Bei rund 1400 Geburten im Jahr im Marienkrankenhaus stellt sich die Frage, in welchen Kreissälen die Geburten in den avisierten 5 Monaten bis zur Umsetzung der Planung auf angemessenem Qualitätsniveau durchgeführt werden sollen und ob die notwendige 1:1-Betreuung durch Hebammen während der „aktiven“ Geburtsphasen gewährleistet werden kann“, kritisiert Elke Sasse

„Auch für die hochsensible Zeit direkt nach der Entbindung mit allen Herausforderungen, wie Stillen und Rückbildung, sei es wichtig, dass Mutter und Kind in einer stressfreien Atmosphäre untergebracht und individuell betreut werden“, so Dietrich.

Die Gleichstellungsbeauftragten fordern die Beibehaltung der Geburtsstation im Marienkrankenhaus sowie die Sicherung förderlicher Arbeitsbedingungen für das Klinikpersonal und appellieren an das Land, Umstrukturierungen in der Geburtshilfe nicht zu Lasten von Frauen und Kindern zuzulassen.